

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postkontofonto Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Verlag in Leipzig: Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206	Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellsseite 35 Pf., bei Plahoorchrift 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonellsseite 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10gep. Kolonellsseite mit 50% Nachl. Restameiseile 2 M., Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonellsseite 40 Pf., bei Plahoorchr. 50 Pf., Restameiseile 2,25 M.
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Riesen-Expansion des Chemiekapitals.

Der Farbentrust als Weltmacht.

In Deutschland herrscht eine Arbeitslosigkeit von einem Umfang, der in der Geschichte des deutschen Kapitalismus ohne Beispiel ist. Die Millionen Menschen, die mittelbar und unmittelbar von der Erwerbslosigkeit betroffen sind, zum Beseren gewendet werden kann: Das Großkapital hat für das Schicksal der von der Not unerschütterlichen Mühseligkeiten Betroffenen nicht das geringste Interesse, denn das Massenelend hat ihm in kurzer Zeit ungeheure Gewinne eingebracht. Wird die Not der arbeitenden Massen immer hoffnungsloser, so werden die großen Banken und die vertustete Großindustrie immer reicher. Die Interessengemeinschaft (I.G.) für Farbenindustrie, die Spitzenorganisation des mächtigen deutschen Chemiekapitals, nimmt jetzt die gewaltigste Kapitaltransaktion vor, die in der Geschichte des deutschen Kapitalismus jemals zu verzeichnen war. Der Beispielhaftigkeit des Elends auf der einen entspricht eine Beispielhaftigkeit des Reichtums auf der anderen Seite.

Das Aktienkapital der I.G. für Farbenindustrie, das bisher 646 Millionen Mark betragen hatte, soll um 454 Millionen Mark, also auf 1,1 Milliarden Mark erhöht werden. Die I.G. stand bisher an Kapitalkraft unter den Großmächten der deutschen Industrie an zweiter Stelle. Sie nimmt jetzt den ersten Rang ein und wird selbst den Stahltrust mit seinen 800 Millionen Mark Stammkapital und seinen 125 Millionen Mark Guthaben hinter sich lassen. Die vom Farbentrust beschlossene Kapitalaufnahme wetteifert an Umfang und Großzügigkeit nur mit den Kapitaltransaktionen der größten amerikanischen Trusts.

Eine so umfangreiche Kapitalaufnahme kann natürlich nur in einem Vordringen mit den großen Banken vorzunehmen werden, die die Beherrschung des Kapitalmarktes und in entscheidender Weise an der konzentrierten Großindustrie beteiligt sind. Ein Zeichen dafür, wie hoch man die Kapitalkraft der deutschen Kapitalistenklasse einschätzt, ist, daß man ihr zutraut, die riesigen Mengen an stillliegenden Mitteln aufzubringen, die eine so ungeheure Kapitalaufnahme erfordert. Wie ausgezeichnet hat sich die Rationalisierung rentiert und in wie erstaunlich kurzer Zeit ist aus dem angeblich kapitalarmen Deutschland eines der mit flüssigem Kapital am reichsten ausgestatteten Länder der Welt geworden! Was sind im Vergleich mit den 454 Millionen Mark, um die jetzt die Kapitalkraft des Farbentrustes vermehrt werden soll, die Anteile von 100 Millionen Mark, die der Reichsarbeitsminister zur Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms aufzunehmen gedankt — vorausgesetzt, daß der Plan überhaupt noch ernsthaft besteht. Das Finanzkapital, von dessen Willen es abhängt, in welchem Umfang und ob überhaupt das Arbeitsbeschaffungsprogramm finanziert wird, das inselgebeßen auch das Schicksal der Millionen Arbeitlosen in seiner Hand hat, zeigt, daß ihm mehr daran liegt, die Ausrustung der vertusteten Großindustrie zum Kampf um den Weltmarkt zu finanzieren, dem deutschen Imperialismus wieder auf die Beine zu helfen, als etwa 100 000 Arbeitern vorübergehende Arbeit und hundert Unternehmen vorübergehenden Gewinn zu verschaffen.

Die Art, wie die Ausgabe der neuen Aktien erfolgen soll, zeigt deutlich, daß der Einfluß der jetzt schon herrschenden industriellen und finanziellen Gruppe unerschütterlich bleiben soll. Die 454 Milli-

onen Mark Aktien werden eingeteilt in 258,4 Millionen Mark Stammaktien, 100 Millionen Mark Vorzugsaktien mit einfachem und 35,6 Millionen Mark Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht. Vor kurzem ist, wie wir berichtet haben, der Zusammenschluß der I.G. für Farbenindustrie mit dem Köln-Rottweil-Konzern vollzogen worden, der der I.G. einen maßgebenden Einfluß auf den internationalen Kunstseidentrust sichert. Ein großer Teil der neu auszugehenden Stammaktien wird dazu benutzt, um diesen Zusammenschluß durch Umtausch von Aktien zu vollziehen. Durch Einräumung von Bezugsrechten ist dafür gesorgt, daß auch der überwiegende Teil der übrigen Stammaktien in den Besitz der Großaktionäre des Köln-Rottweil-Konzerns und des Farbentrusts gelangt. Der Einfluß der industriekapitalistischen und finanzkapitalistischen Großaktionäre ist also stabilisiert wie ein rocher de bronze. Damit steht nicht im Widerspruch, daß das hunderte-fache Stimmrecht der alten Vorzugsaktien bei dieser Gelegenheit auf das Zehnfache herabgesetzt wird. Das bedeutet keineswegs ein Entgegenkommen gegenüber den kleinen Aktionären. Im Gegenteil, der Einfluß der Großaktionäre ist so unerschütterlich fest fundiert, daß man sich die Herabsetzung des hundertfachen auf das immerhin noch ansehnliche zehnfache Stimmrecht leisten kann. Allein die mit zehnfachem Stimmrecht ausgestatteten alten und neuen Vorzugsaktien, die sicherlich in einer Hand vereinigt sein werden, machen fast ein Drittel der gesamten Stimmen in der Generalversammlung aus. Von dem übrigen Aktienbestand ist sicherlich mindestens die Hälfte in den Händen der Großbanken.

Ueber die Verwendung der riesigen Mittel erfährt man von der Verwaltung der I.G. für Farbenindustrie nicht viel. Es wird behauptet, daß die neuen Mittel in erster Linie zum Ausbau und zur Vergrößerung der Stickstoffanlagen und zum Bau einer Kohlenverflüssigungsanlage verwendet werden sollen. Damit wären aber die ungefähre 400 Millionen neue Mittel, die der Gesellschaft zufließen sollen, nicht aufgebraucht. Zum erstenmal wird bei dieser Gelegenheit öffentlich zugegeben, daß der Farbentrust sich mit gewaltigen Weltmachtsplänen trägt. Er verkündigt, daß ein Teil der neuen Mittel zur Aufnahme von Beziehungen zu ausländischen Konzernen bestimmt ist. Gemeint sind zweifellos die längst geplanten Abmachungen mit den beiden Welttrusts der Erdölindustrie, der amerikanischen Standard Oil Company und der englisch-holländischen Royal Dutch Shell-Gruppe. Die Abmachungen beziehen sich auf die gemeinsame Ausnutzung des vom Farbentrust monopolisierten Verfahrens zur Verflüssigung der Kohle, das, wenn es erst in großem Umfang angewendet wird, zu einer gefährlichen Konkurrenz für das Erdöl werden könnte. Die Beherrschung des Erdöls haben also ein Interesse daran, daß das neue Verfahren nicht in einem Umfang angewendet wird, groß genug, um eine Entwertung ihres Kapitals herbeizuführen. Auch hier wieder zeigt sich das vertustete Großkapital als Hindernis des ökonomischen Fortschritts. Der Farbentrust denkt natürlich nicht daran, zugunsten der Profite der großen Erdölmächte seine Profite eine Einschränkung erleiden zu lassen. Er stützt seine Kapitalmacht, um als ebenbürtiger Partner sich den großen englischen und amerikanischen Kapitalmächten beizugesellen, und sich mit ihnen in die Herrschaft der Welt zu teilen. Die beispiellose Ausbeutung der deutschen Arbeiter verleiht dem Großkapital die Mittel, um wieder die Rolle im Kampf der imperialistischen Mächte um die Herrschaft auf dem Weltmarkt zu spielen, die es zeitweise nicht hat spielen können.

Der österreichische Programmentwurf.

„Die große Täuschung der hegelischen Dialektik ist, daß sie nie ganz im Unrecht ist.“
Bernstein: Voraussetzungen des Sozialismus.

Die „Fallstricke der hegelianisch-dialektischen Methode“ standen im Vordergrund der Programmkritik, mit der Eduard Bernstein Mitte der neunziger Jahre seine revisionistischen Bestrebungen begann. Die Gegensätze zwischen den Klassen, die im Erfurter Programm mit aller Schärfe herausgearbeitet worden waren, ergaben sich als das größte Hindernis für die Gedankenwelt des Revisionismus, die unmittelbar nach der Gesehwerdung des Programms von Erfurt in Erscheinung trat. Gewiß ist jedes Programm dem Wandel der Zeiten unterworfen, und gerade das Wesen des Marxismus als Methode der Geschichtsbetrachtung besteht darin, aus den Ereignissen zu lernen. Noch viel mehr, er gewährt die Möglichkeit, die Entwicklungslinien kommender Jahre konkret aufzuzeigen, und nur dann werden der kämpfenden Arbeiterklasse mühevolle Umwege erspart, wenn die sozialistischen Parteien das Bestreben haben, ihre Taktik den großen Linien der Gesamtentwicklung anzupassen.

Darin ist die deutsche Sozialdemokratie seit dem Jahre 1914 nicht selten reichlich fehlgegangen, obwohl sie Jahrzehnte als der Bannerträger des Marxismus galt. Wenn man selbst von der Epoche des Weltkrieges absehen will, vom 4. August, der eine Wendung in der Politik der deutschen Sozialdemokratie bedeutete, so zeigen doch auch die Jahre seit 1918, daß der Kompromiß des Marxismus nur allzuwenig Führer aus den verfallenen Pfaden des Zusammenbruchs war. Darin unterscheidet sich die deutsche Sozialdemokratie von der österreichischen Bruderpartei, die infolge ihrer marxistischen Grundeinstellung die Spaltung zu verhindern vermochte und trotz der einliegenden Reaktion ihr Prestige, ihre Mitgliederzahlen zu wahren wußte.

In Deutschland wurde die Sozialdemokratie länger als ein Jahrzehnt durch die Probleme der Koalitionspolitik beinahe reflexlos beherrscht. Der Staat als solcher oder die Republik in ihrer Besonderheit standen im Vordergrund, und aus falsch gesehene staatspolitischen Gesichtspunkten war die Politik der deutschen Sozialdemokratie jumeist von dem Gedanken beherrscht, wie ein Zusammenarbeiten mit den linksbürgerlichen republikanischen Parteien, trotz all der schlimmen Erfahrungen, ermöglicht werden kann. Diese Ideologie ergab sich aus den historischen Tatsachen des Zusammenbruchs. Die bürgerlichen Linksparteien wurden durch die Gewalt der Ereignisse, stärker als in Vorkriegszeiten, an die Seite der gewaltig angeschwollenen sozialistischen Bewegung gedrängt. Zuletzt aber ergab die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, daß an dem Fundament der kapitalistischen Gesellschaft nichts verändert worden war, und die Logik des kapitalistischen Aufbaues, die Konzentration des Kapitals, hatte eine immer tiefere politische Zerküftung zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterchaft und den bürgerlichen Linksparteien im Gefolge.

So zeigten die natden politischen Tatsachen, vor allem seit Beginn der Deflation, daß trotz der Burgfriedenspolitik von 1914 und trotz des Arbeitsgemeinschaftsgesetzes von 1918 die „Fallstricke der hegelianisch-dialektischen“ Entwicklung, entgegen aller Revisionbestrebungen, kaum etwas an Dauerhaftigkeit verloren hatten. Die Logik der Verhältnisse drängte auch die deutsche Sozialdemokratie in jene Bahnen zurück, die seit Erfurt und bis zum Kriege mit großem Erfolg beschritten worden waren. Nur mit dem Unterschied, daß diese Erkenntnis durch große Verluste erkauf worden ist und daß trotz aller Erfahrungen das Heidelberger Programm dem Geiste Bernsteins immerhin nicht unwesentliche Konzessionen machte.

Nicht daß wir daran dächten, die durch die Entwicklung überholten Gedankengänge, etwa die von der sogenannten Berelendungslehre, im Parteiprogramm erneut verankert zu sehen. Der Mangel des Heidelberger Programms liegt weniger darin, was es sagt, als in dem, was darin nicht zu finden ist. Und insofern unterscheidet sich der Programmentwurf der österreichischen Sozialisten tiefgehend von dem Heidelberger Programm.

Die Urheber des österreichischen Programmentwurfs hatten den Mut, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, und wer wollte leugnen, daß sich seit dem Erfurter Programm oder seit dem Heidelberger Programm der österreichischen Sozialisten eine ungeheure Entwicklung vollzog. Das Finanzkapital, die Konzentration des Kapitals in allmächtigen Trusts, die Herausbildung des modernen Imperialismus mit all seinen Folgeerscheinungen auf die Innen- und Außenpolitik hat einen vollständigen Strukturwandel in der kapitalistischen Gesellschaft im Gefolge gehabt. Das Erfurter Programm war noch im wesentlichen auf die besonderen Interessen der Arbeiterklasse zugeschnitten. Es deutete die Tragik der Mittelklassen an, ohne aber mit dem Eingreifen dieser Schichten in den Befreiungskampf des Proletariats unmittelbar zu rechnen. Schon wenige Jahre nach Erfurt zeigte der Breslauer Parteitag des Jahres 1895, daß der wissenschaftliche Sozialismus vorläufig die Klippen des Agrarprogramms nicht zu umschiffen vermochte. Die österreichischen Sozialisten sind erst im vergangenen Jahre dazu gelangt, sich als erste in der Familie sozialistischer Parteien, ein wissenschaftlich fundiertes

Die Beratungen des Reichskabinetts.

Völkerbunds- und Besatzungsfrage.

SPD. Berlin, 14. August (Radio).

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat gestern nachmittags seine am Donnerstag in später Abendstunde abgebrochenen Beratungen zu Ende geführt. Insbesondere wurde erneut die Frage der Bestätigung des vom Verwaltungsrat der Reichsbahn zum Generaldirektor gewählten stellvertretenden Generaldirektors Dr. Dörpmüller eingehend erörtert. Nach Lage der Dinge konnte die Angelegenheit noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt werden, da eine sachliche Einigung nicht vorliegt.

Sodann nahm das Reichskabinett einen ausführlichen informativischen Vortrag des Reichsministers des Auswärtigen über die auswärtige Lage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Völkerbundstagung entgegen.

Die übrigen Beratungen des Reichskabinetts betrafen laufende Angelegenheiten. Die Frage des Reichschrenkmals wurde vorläufig zurückgestellt.

Die Entscheidung über die Bestätigung Dörpmüllers wurde, wie der sozialdemokratische Pressedienst erfährt, vertagt, weil die Verhandlungen mit dem Reichsbahnrat für die Eisenbahndienstleistungen noch weiter geführt werden müssen. Es handelt sich ferner im wesentlichen darum, die Teilnahme des Reichsverkehrsministers an den Sitzungen des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft mit beratender Stimme sicher zu stellen.

Wie wir weiter erfahren, ist die Reichsregierung bestrebt, den Eintritt in den Völkerbund mit der Besatzungsfrage nicht zu verknüpfen und wie wir es auch für selbstverständlich halten, die Mitgliedschaft im Völkerbund nicht von irgendwelchen bestimmten Zusicherungen in der Besatzungsfrage abhängig zu machen. Es versteht sich dabei von selbst, daß die Regierung immer und immer wieder auf die Notwendigkeit einer Truppenentlastung im besetzten Gebiet hinweist und wie es scheint, sind in dieser Hinsicht weitere Zugeständnisse von französischer Seite zu erwarten.

Daily News zur Räumungsfrage.

W.B. London, 13. August.

Daily News schreibt in einem Leitartikel, der Beschluß, die alliierte Truppenstärke im Rheinland auf 30- oder 60 000 Mann herabzusetzen, habe einen großen Teil seines friedensfördernden Wertes durch seine Verspätung eingebüßt. Das Blatt hofft, daß die Räumung, nachdem sie einmal vereinbart worden sei, rasch durchgeführt und vor der Septembertagung des Völkerbundes vollendet sein werde, auf der Deutschland, wenn alles gut gehe, als Mitglied aufgenommen werden würde. Weiter spricht Daily News die Hoffnung aus, daß auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sobald wie möglich die Zurückziehung jedes fremden Soldaten von deutschem Boden erfolge, wenn sie ihn nicht schon begleitet. Das Blatt stimmt der deutschen Ansicht zu, daß die in der von Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichneten Note vom 19. Juni 1919 vorgesehenen Garantien für eine frühere Räumung des besetzten Gebietes im Damesaßkommen und in den Locarnoverträgen geboten und daß sie durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bestätigt werden. Nach Deutschlands Eintritt werde nicht die geringste Beredrigung mehr dafür bestehen, daß auch nur ein einziger alliiertes Soldat die düstere Nacht am Rhein nochhalte. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß es mit Deutschlands Stellung als Mitgliedsstaat des Völkerbundes unvereinbar wäre, Deutschland die Schmach dieser fortgesetzten Schildwache erleiden zu lassen, müßten seine Unterschriften unter dem Locarnovertrag und der Völkerbundsatzung eine unendlich stärkere Friedenssicherheit bieten, als die Anwesenheit von 50 000 Mann fremder Truppen.

II. Mainz, 13. August.

Im Zusammenhang mit der gemeldeten Truppenverringering im Rheinland verläutet, daß das hier liegende Oberkommando der französischen Rheinlandarmee demnächst nach Reich verlegt und dort mit dem Generalgouvernement der Festung Metz zusammengelegt werde. Als neuer Oberkommandierender an Stelle des Generals Guillaumat wird der jetzige Militärgouverneur von Metz, General de Lardonnelle, genannt. Wie in Frankreich selbst, so sind jetzt auch die in der Pfalz geplant gewesenen großen Divisionsmanöver des 32. Armeekorps abgefragt worden.